

25./X. 1918

Gut schauen wir aus.

Es kann nicht mehr vom beginnenden Zusammenbruch Österreichs gesprochen werden. Der Zusammenbruch ist da, eine vollendete Tatsache. Wir haben die ärgsten Zustände, die man sich denken kann. Alle Bande der Ordnung sind gelöst. Noch prangen an offenen Straßeneden — wenigstens bei uns in Deutsch-Österreich — die Maueranschläge mit dem Manifeste des Kaisers an seine „getreuen Völker“, in welchem allen Volkstämmen die volle Autonomie auf völkischer Grundlage zugestanden wird. Die Autonomie ist aber abgelehnt, der Begriff ist zu eng, die Völker sollen „selbst Richter darüber sein, was ihre Aspirationen befriedigen könnte“. Die Tschechen haben das ziemlich unverblümt gesagt, wenn aber ein österreichisches, in deutscher Sprache erscheinendes Blatt seinen Lesern mitteilen wollte, was die Tschechen in ganz Böhmen durch Maueranschläge verkündet haben und was ihre „Aspirationen“, auf die sie Wilson verwiesen hat, ausmacht, wurde es mit Beschlag belegt. Im Parlament sagen es die Tschechen ganz offen, daß sie die Republik wollen. Herr Wilson läßt nun mit sich nicht weiter reden, wenn den Tschechen nicht vorher die Republik gegeben ist. Die Tschechen selbst benehmen sich aber so, als hätten sie schon ihre Republik. Die Regierung ist allerdings nicht in Prag, sondern in Paris. Auch Gesandte dieser Republik werden schon mit Namen genannt. Zur Ausübung der Regierungsgewalt in Böhmen selbst ist der „*Narodni vybor*“ eingesetzt. Nach dem, was er bis jetzt verfügt und getan hat, zeigt dieser „*Narodni vybor*“, daß er weit mehr Entschlossenheit aufbringt, als die österreichische Regierung, die eigentlich jetzt doch noch über Böhmen, Mähren und Schlesien im tschechischen Teile regieren sollte. Dieser „*Vybor*“ hat verfügt, daß keine Nahrungsmittel aus den tschechischen Gebieten ausgeführt werden dürfen. Sofort hat die Prager Abteilung der Nahrungsmittelzentrale, also eine Einrichtung der österreichischen Regierung, die Ausfuhr eingestellt. Wenn von anderer Seite versucht wird, Nahrungsmittel aus Böhmen herauszubekommen, so schreiten die tschechischen Beamten der österreichischen Staatsbahnen dagegen ein. Bagt es eine österreichische Regierung, sich dagegen zu verwehren, so wird sie verhöhnt. Dem österreichischen Eisenbahnminister, dem es jüngst eingefallen ist, dem Bahndirektor in Krakau eine Weisung zu geben, wurde von diesem einfach und led geantwortet, die österreichische Regierung gehe ihn nichts an, er habe sich nur an die Warschauer zu halten. Was würde erst ein tschechischer Beamter antworten, wenn es einem österreichischen Minister einfiele, ihn etwas vorschreiben zu wollen. Aber dazu kommt es ja gar nicht. Das traut sich kein österreichischer Minister. Wir haben also tatsächlich den selbständigen tschechischen Staat mit dem „*Narodni vybor*“ als Regierung. Trotzdem gibt es aber noch immer einen österreichischen Reichsrat, in welchem die Tschechen ebenso gut sitzen wie die Deutschen, ja, in diesem Reichsrat halten sich sogar noch die Polen auf, denen doch schon längst der Freibrief gegeben ist, daß sie machen können was sie wollen. Die Polen leben auch schon in der ihnen gegebenen Freiheit. Auch sie lassen nichts zu uns herüberkommen, das als Schwanz bezeichnet werden könnte. Dafür verkehrt Deutsch-Österreich mit den Tschechen und mit den Polen so wie in der schönsten Friedenszeit. Was wir haben, bieten wir unseren früheren Staatsgenossen. Sie bekommen Kohle, sie bekommen unsere Industrieartikel, alles, was wir haben, geben wir ihnen.

Das selbe Verhältnis entwickelt sich jetzt in Ungarn. Diese wollen die Personalunion, tatsächlich besteht sie aber schon. Das heißt, ganz so richtig ist es nicht, von

diesem Doppelwort gilt nur der erste Teil, die Person ist da, aber von der Union ist nichts zu sehen. Zollgrenzen hat man an der Leitha allerdings nicht errichtet, aber dafür eine Grenzperre. — So wie sie seinerzeit zwischen Serbien und Ungarn bestanden hat — eine Grenzperre, die letzten Endes zum Krieg geführt hat. Damals duldeten die Ungarn nicht, daß die Serben ihren Ueberfluß an Nahrungsmitteln über die Danau und die Save schiden. Jetzt kehren sie den Spieß um und verweigern uns, was wir vor dem Kriege immer von ihnen bezogen haben. Dafür schicken wir ihnen unsere Kohlen, von denen sie mehr haben wie wir selbst. Von einer Einschränkung des Straßenbahnverkehrs in Ofen-Pest wegen Kohlenmangels oder von einer zeitlichen Gasthaus- und Kaffeehausperre hat man noch nichts gehört. Wir sparen also unsere Kohlen, damit die Ungarn genug haben. Als Dank dafür wird im ungarischen Reichstag beantragt, daß die Ausfuhr an Lebensmitteln nach Österreich ganz einzustellen ist. Dieses Verhältnis nennt man jetzt noch immer Dualismus. Aber auch sonst herrschen recht nette Zustände. Die Kroaten haben sich auch selbständig erklärt. Sie wollen von Ungarn nichts mehr wissen. Wer wollte ihnen das übel nehmen? Wer könnte sie daran hindern, nachdem ja vom gemeinsamen Minister Burian, der noch dazu ein Ungar ist, das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Allheilmittel für ganz Österreich-Ungarn verkündet wurde? Die Ungarn lebten bis jetzt in dem Wahne, daß es bei ihnen keine Nationalitätenfrage gibt. Jetzt steht sie an allen Ecken und Enden im Bereiche der „heiligen Stephanskrone“ und Kroaten will mit Slavonien, Bosnien, der Herzegovina und Dalmatien einen eigenen Staat bilden. Nach dem Muster der Tschechen soll es eine Republik sein. So schauen die von Herrn Wilson als Voraussetzung für einen Waffenstillstand in Aussicht genommenen Aspirationen im Süden aus. Wohin man blickt, ein gründliches Auseinandergehen und dabei gar nicht einmal ein Versuch seitens einer österreichischen Regierung, etwas Ordnung hineinzubringen. Dazu dann eine gemeinsame Regierung, wo es gar keine Gemeinsamkeiten mehr gibt. Gut schauen wir aus.

Die Zukunft der Deutschen Untersteiermarks.

Von Dr. Otto Ambrosiatsch, Obmann des Deutschen Volksrates für Untersteiermark.

Wie die Dinge heute liegen, ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß das von den Slovenen bewohnte Gebiet einer selbständigen nationalen Staatlichkeit teilhaftig werden wird. Die Entscheidung darüber, ob und inwieweit die Deutschen des steirischen Unterlandes davon betroffen werden sollen, ist für uns von schicksalsschwerer Bedeutung.

Der slovenische Nationalrat hat am 12. d. M. bei seiner Beratung über die Festlegung der Nordgrenze des künftigen südslawischen Staates folgenden Beschluß gefaßt:

„Wir verlangen als integrierenden Bestandteil des Staates der Slovenen, Kroaten und Serben das Gebiet des bisherigen Kronlandes Steiermark, wo durch die letzten Jahrhunderte das slovenische Volk gewohnt hat, ohne Rücksicht auf die durch das System künstlich hervorgerufene Germanisierung der scheinbaren Sprachinseln Marburg, Mahrenberg, Cilli, Pettau, Radkersburg u. a., welche infolge ihres Charakters als Verkehrsmittelpunkte ihrer slovenischen bäuerlichen Umgebung einen untrennbaren Teil des slovenischen Gebietes bilden. Den nationalen Minderheiten wird der geistliche Schutz gemährt.“